

Leitlinien

a) zur Betreuung von Kindern und zum b) Bildungsland Baden-Württemberg

Präambel:

Die *Freien Wähler* in Baden-Württemberg e. V. möchten mit diesen Leitlinien ihre Grundposition zum Thema „Betreuung und Bildung“ deutlich machen. Eine pädagogische Grundsatzdiskussion soll mit diesen Leitlinien ausdrücklich nicht eröffnet werden. Und generell gilt für die *Freien Wähler*:

Bei allen neu vom Land auf die Kommunen übertragenen Aufgaben ist das Konnexitätsprinzip zu beachten.

a) Kinderbetreuung in Kindergärten, Kindertagesstätten bis zur Schule

1. Die Frühkindliche Bildung muss zum Wohle der Kinder bei der Kinderbetreuung über eine hochwertige pädagogische Qualität verfügen, die die Erziehungsarbeit der Eltern ergänzt bzw. Defizite ausgleicht. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass die Eltern aus dieser Verantwortung für ihre Kinder entlassen werden.
2. Beiden Elternteilen soll eine selbstbestimmte und zeitnahe Rückkehr in das Berufsleben ermöglicht werden. Gleichzeitig fordern die *Freien Wähler*, dass das Wohl des Kindes gleichrangig zu bewerten ist.
3. Der Ausbau einer bedarfsorientierten Kinderbetreuung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der sich alle staatlichen Ebenen beteiligen müssen. Die *Freien Wähler* fordern eine langfristige Finanzierungspartnerschaft, um die Kinderbetreuung auch dauerhaft finanziell abzusichern.
4. Die *Freien Wähler* setzen bei der Bereitstellung von Betreuungsmöglichkeiten neben kommunalen und institutionellen Trägern (wie z. B. Vereine, Volkshochschulen, Diakonie, ASB, DRK, Caritas, ...) verstärkt auf den gleichrangigen Einsatz von qualifizierten Tagesmüttern, bzw. Tagesvätern.

Diese sind oft die einzigen Anbieter einer Betreuung z. B. an Wochenenden, in den Ferien oder bei wechselnden Schichtarbeitszeiten.

5. Generell gilt: die *Freien Wähler* stellen sich in den Städten und Gemeinden aktiv dieser wichtigen Aufgabe. Das Land Baden-Württemberg wird aufgefordert, die Kommunen und Landkreise bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs in allen Bereichen zu unterstützen.

b) Bildungsland Baden-Württemberg - keine Experimente mit unseren Kindern!

1. Grundschulen sind für Städte und Gemeinden wichtige örtliche Infrastruktureinrichtungen. Nach dem Motto „kurze Beine, kurze Wege“ fordern die *Freien Wähler* eine Bestandsgarantie für Grundschulen auch in kleinen Kommunen. Auf einen gelingenden Übergang vom Kindergarten an die Grundschule muss ein besonderes Augenmerk gelegt werden. Projekte wie z. B. „Schulreifes Kind“ sind hier wertvoll und hilfreich.
2. Die *Freien Wähler* fordern die Landesregierung auf, verbindliche Rahmenbedingungen als Grundlage für Entscheidungen der Schulträger zu den künftigen Schulstrukturen in den Städten und Gemeinden zu schaffen. Dabei muss insbesondere schnell Klarheit geschaffen werden, ob das Zwei-Säulen-Modell kommt oder das vielgliedrige Schulsystem bleibt. Die wichtige Säule der beruflichen Schulen muss in unserem Schulsystem erhalten und gefördert werden.
3. Die regionale Schulentwicklungsplanung ist zwingende Voraussetzung zur Genehmigung weiterer Gemeinschaftsschulen und für nachhaltige Schulstrukturen in den Raumschaften. Hierbei ist auf die Struktur des ländlichen Raumes besonders zu achten. Sofern dies nicht im kommunalen Konsens geregelt werden kann, muss das Kultusministerium die abschließende Entscheidungskompetenz haben. Die *Freien Wähler* fordern hierfür transparente und nachvollziehbare Entscheidungskriterien.
4. Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden auch an Schulen Ganztagsangebote immer stärker nachgefragt. Das Land muss sich dieser Aufgabe stellen und in Abstimmung mit den Kommunen gesetzlich regeln, wer welche Aufgaben langfristig zu übernehmen und zu finanzieren hat.
5. Auf die Beibehaltung und Mitfinanzierung von schulergänzenden Angeboten wie z. B. der Schulsozialarbeit, Sprachförderung, Projekt SBS (Singen, Bewegen, Sprechen) legen die *Freien Wähler* besonderen Wert. Bei Ganztagesangeboten fordern die *Freien Wähler* neben schulischen Angeboten eine einfache Zugangs- und Gestaltungsmöglichkeit für die Angebote von Vereinen oder der IHK (ehrenamtliche Jugendbegleiter). Die lokale Gestaltungsmöglichkeit muss erhalten bleiben.

6. Mit der Anerkennung der UN-Behinderten-Charta wurde ein umfassender gesellschaftspolitischer Prozess angestoßen, der tiefgreifende Veränderungen bei der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen mit sich bringt. Dies ist eine Generationenaufgabe, die nicht von heute auf morgen erledigt werden kann. Die *Freien Wähler* fordern die Landesregierung auf, die schulische Inklusion im Schulgesetz zu verankern und auf die Konnexität dieser neuen Aufgabe zu achten. *Freie Wähler* sehen Inklusion immer dort angezeigt, wo sie im Interesse des Kindes sinnvoll möglich ist. Förderschulen sind weiterhin unverzichtbar.
7. Im gesamten Bildungsbereich fordern *Freie Wähler* eine ausreichende Versorgung mit pädagogischem Personal, das für den Bildungserfolg unserer Kinder von ganz besonderer Bedeutung ist.

Diese Leitlinien wurden von der Mitgliederversammlung der Freien Wähler am 20.04.2013 in Baden-Baden, Varnhalt einstimmig verabschiedet.

Aufgestellt:

Friedhelm Werner
Landesgeschäftsführer